

WOMIT UNSERE GESELLSCHAFTEN RINGEN

Corona als Katalysator für
Veränderung

Trendanalyse
April 2020

Jan Berger
Sophia Blochowicz
Carina Stöttner



Liebe LeserInnen und Zukunftsbegeisterte,

Vor zehn Tagen baten wir Menschen in unserem Netzwerk, an einer Befragung teilzunehmen, wie sich aus ihrer Sicht die aktuelle Corona-Situation langfristig auf unser Gesellschaftsmodell einer sozialen Marktwirtschaft auswirken wird und welche Maßnahmen heute ergriffen werden müssen, um eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Die Ergebnisse dieser Befragung werden mit in unsere Studie zur Zukunft der sozialen Marktwirtschaft einfließen, die wir im September veröffentlichen wollen. Und gleichzeitig haben wir versprochen, eine Zwischenauswertung in Form dieser Trendanalyse zur Verfügung zu stellen.

Wir bedanken uns sehr bei den fast 600 Teilnehmer*innen dieser Befragung aus Deutschland, Österreich und der Schweiz für die teils sehr umfangreichen Antworten. 26% von ihnen befinden sich in Führungspositionen in Konzernen, 41% in mittelständischen Unternehmen und 16% in kleineren Unternehmen oder selbständig. 9% arbeiten in Politik, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen. 8% der Antworten blieben aus unterschiedlichen Gründen nicht berücksichtigt (Nicht-Verifizierbarkeit der Aussagen, Trolle...) Die Auswertung der knapp 3.000 Datensätze erfolgte qualitativ und nicht quantitativ. Wir haben keine mengenbasierte Gewichtung der Aussagen vorgenommen.

Falls Ihnen die Person auf dem Titelbild irgendwie bekannt vorkommt und Sie sich gefragt haben, wer sie ist, wollen wir Ihnen auf die Sprünge helfen. Neben der Frage, wie sich unser Gesellschaftsmodell und die soziale Marktwirtschaft verändern wird, haben wir uns im Laufe der Erstellung dieser Trendanalyse auch gefragt, wie sich unsere Werte und unser Denken verändern müssen. Zwar hat sich die soziale Marktwirtschaft in den letzten Jahrzehnten oft bewährt, müssen wir diese hinsichtlich der Digitalisierung neu denken. Dafür braucht es Vordenker*innen und Macher*innen, die diese Zukunft gestalten. Das Titelbild zeigt beides vereint: den Vater der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard, dessen Gesicht wir mit Hilfe von KI-Technologie mit dem des Pioniers Elon Musk kombiniert haben.

Ihr/e

Jan Berger, Sophia Blochowicz, Carina Stöttner

Wirtschaft ankurbeln UND Leben schützen!

Wie bei einer Befragung einer überwiegend in der Wirtschaft beheimateten Zielgruppe zu erwarten war, bestand vordergründig die größte Unsicherheit darin, wie lange die Corona-Krise andauern wird und der von den Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz beschrittene Weg eines Lockdowns anhält. Unternehmen bleiben trotz umfangreicher Soforthilfen auf hohen Betriebskosten sitzen – bei gleichzeitig hohen Umsatzeinbußen oder einer stark eingeschränkten Fähigkeit, Aufträge abarbeiten zu können. Je kleiner die Unternehmen sind, desto geringer die Rücklagen für Krisenzeiten wie diese. Die Erwartungshaltungen an die Politik sind sehr groß, schnell Maßnahmen zur Lockerung des Lockdowns einzuleiten, damit die Wirtschaft wieder mit der Produktion beginnen kann. Viele Befragte äußerten Sorge über mögliche Massenarbeitslosigkeit, einer weiteren Spreizung der Schere zwischen Arm und Reich, Rückgang von Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft und Befürchtungen, dass Themen wie die Bekämpfung von Klimawandel langfristig ins Hintertreffen geraten.

Die gewünschten Maßnahmen zur Bekämpfung der direkten Auswirkungen des Shutdowns reichten von einer Wiederaufnahme des Schulunterrichts über die Wiedereröffnung von Ladengeschäften bei gleichzeitiger Maskenpflicht bis hin zu differenzierten Risikobetrachtungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Bevölkerungsdichten.

Die in Medien und Politik hochemotional geführte Debatte, ob es wichtiger sei, Menschenleben zu schützen oder gesellschaftliche Langfristkosten durch wirtschaftlichen Shutdown, Massenarbeitslosigkeit und psychologische Schäden in Kauf zu nehmen, schimmerte auch in unserer Befragung durch. Jedoch wird aus Sicht vieler Befragter diese Debatte falsch geführt. Wir müssen Leben schützen. Und wir müssen die Wirtschaft wieder ankurbeln! Alle uns dafür zur Verfügung stehenden Mittel und Instrumente müssen darauf fokussieren.



**Wir müssen Leben schützen.
Und wir müssen die Wirtschaft
wieder ankurbeln!**

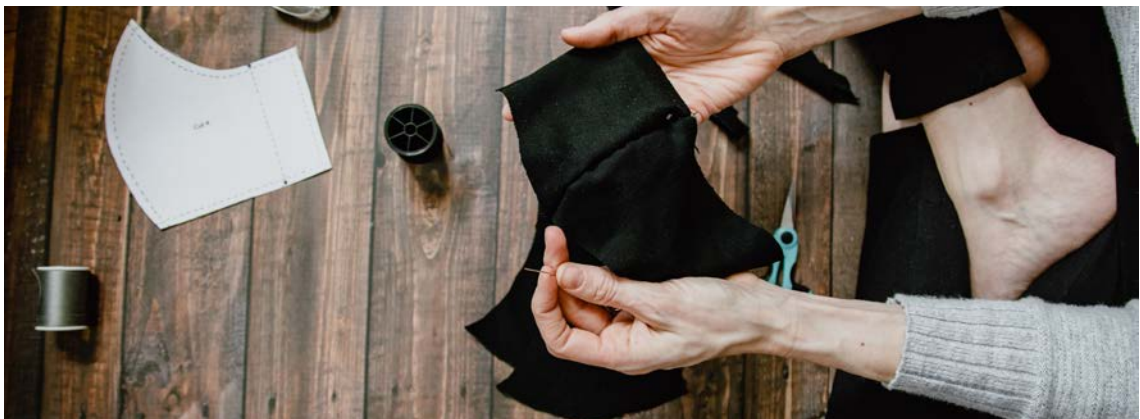
Folgende Ausführungen traten besonders häufig auf: Medizinisches Personal soll besonders geschützt werden. Die besten Schutzausrüstungen sollen ihnen sofort zugutekommen. Jeder Ärztin, jedem Pfleger sollten umfangreiche Privilegien für die nächsten Monate eingeräumt werden – angefangen von täglichen Tests über massive Gehaltsaufstockungen, psychologische Betreuung, bis zu Versorgung und Kompensation für deren Familien. Warum nicht auch finanzielle Erleichterungen wie die Tilgung oder Rückzahlungsstundung von Privatdarlehen? Das wäre ein Zeichen der Anerkennung für die, die täglich dem höchsten Risiko ausgesetzt sind. Mundschutz funktioniert! Es war nicht hilfreich, zu kolportieren, dass ein Mundschutz ineffektiv sei. Die Daten aus asiatischen Staaten weisen in eine andere Richtung. Wenn wir wollen, dass sich Geschäfte, Busse und Züge wieder füllen, dann sollten wir die Fahrer*innen, Zugbegleiter*innen, Kassierer*innen... besonders schützen durch Maßnahmen wie Maskenpflicht.

Und wenn es in Deutschland nicht genügend Masken gibt, dann ist die Antwort nicht zu warten, bis diese eintreffen oder heimische Betriebe angefangen haben, diese in ausreichendem Maße zu produzieren.

Wir reiten auf einer Welle von breiter gesellschaftlicher Unterstützung für Sofortmaßnah-

men zum Eindämmen der Pandemie. Und es ist nicht zu viel verlangt, dass Menschen sich im Zweifel wiederverwendbare Masken selbst herstellen, wie in **diesem** oder **diesem** Video demonstriert oder sich Masken bei einer der vielen Graswurzelinitiativen wie z.B. **hier** bestellen.

Und neben all diesen Ansätzen, die auf Schutzmaßnahmen und Eigeninitiative basieren, gibt es ein breites Spektrum von politischen Werkzeugen, das aktiviert werden kann. Jetzt ist die Zeit für ein weltweites medizinisches Handelsabkommen. Zölle für pharmazeutische Zutaten, Medizingeräte oder Komponenten von Geräten (wie Faserpressen für N-95-Masken), die für die Bekämpfung von Corona gebraucht werden, können wegfallen. Forschende, die an Tests und Medikationen gegen Corona arbeiten, können von Schweigepflichten entbunden und zum Austausch mit internationalen Forscherkolleg*innen ermutigt werden. Und natürlich braucht es massenweise Tests und Daten, Daten, Daten, die die Wirksamkeit von ergriffenen Maßnahmen demonstrieren können und um weitere zielgerichtete Maßnahmen zu entwickeln. Für all das ist es entscheidend, von der Denkweise wegzukommen, dass 100%-iger Schutz oder 100%-ige Wirksamkeit möglich seien. In einer Situation wie dieser sind 80% meist gut genug, um ins Handeln zu kommen, Leben zu schützen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und aus der Schockstarre herauszutreten, in der sich die Gesellschaft befindet.



Was sind die nächsten Schritte?

Viel schwieriger zu beantworten ist die Frage, was wir als nächstes tun werden. COVID-19 ist ein mächtiger Katalysator für Veränderung. Doch welche Veränderung wollen und benötigen wir? Hier entstand in unserer Befragung ein sehr diverses Bild, das ein Schlaglicht auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Tendenzen wirft, die schon vor Corona existierten und nun mit noch mehr Klarheit hervortreten.

Wirtschaft und Gesellschaft sind zum Teil stark geteilter Ansicht, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen. Suchen wir größtmögliche Sicherheit in Autarkie oder in noch stärkerem globalem Austausch? Sind unsere Ansätze zur notwendigen Veränderung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft motiviert durch individuelle Freiheit oder kollektives Gemeinwohl? Ein überwältigender Teil der Befragten brachte eine große Sehnsucht nach Vision und Führung zum Ausdruck, der Politik und Unternehmenslenker derzeit nicht oder nicht ausreichend gerecht werden. Doch auch die Ansprüche an solche Visionen bewegen sich im Spannungsfeld von „Rückbesinnung“ und „auf zu neuen Ufern“.

Wir haben die unterschiedlichen Aussagen in der Befragung entlang der oben dargestellten Spannungslinien geclustert.

Autarkie vs. Globalisierung
Individuelle Freiheit vs.
kollektives Gemeinwohl



Autarkie vs. Globalisierung

Welche Chancen werden in Autarkie gesehen?

Unsere Frage, welche Chancen in der durch Corona ausgelösten Situation gesehen werden, beantworteten über die Hälfte der Teilnehmer mit Aussagen, die in unterschiedlicher Ausprägung eine Rückbesinnung auf frühere oder verloren geglaubte Werte und Vorstellungen zum Ausdruck brachten – von einer erwünschten Stärkung familiärer Bande, Entschleunigung in der Arbeitswelt, Verlagerung des Konsums auf regional produzierte Lebensmittel und Produkte, Limitierung von Fern- und Auslandsreisen, positive Identifikation mit regionaler Natur, bis zur Stärkung kleinerer, regionaler Unternehmen und einer gewünschten Wiedererstarkung von Volksparteien. Allerdings drückte die übergroße Mehrheit der gleichen Befragten die Sorge aus, dass die Globalisierung ins Stocken und globale wirtschaftliche Kreisläufe durch nationale Alleingänge nachhaltig beschädigt werden. Diese Aussagen scheinen zueinander im Widerspruch zu stehen (siehe unten).

Aber eine signifikante Minderheit der Aussagen deutscher und österreichischer Befragter entwickelte ein in sich stimmig erscheinendes Bild wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen für mehr nationale Autarkie und Deglobalisierung, die zu betrachten es sich lohnt.

In den internationalen Beziehungen befürworteten sie politisch eine klare Abgrenzung von China bis hin zu Kritik an der italienischen Regierung, chinesische Hilfe in der Corona-Krise anzunehmen. Wirtschaftliche Kooperation mit China wurde dargestellt als eine überbordende Abhängigkeit von China, die sich negativ auf nationale Wirtschaftsinteressen auswirkt.

Wirtschaftspolitisch solle dieser Abhängigkeit durch Maßnahmen der Rückverlagerung von Produktion in den deutschsprachigen Raum begegnet werden bis hin zur (Re-)Nationalisierung von strategisch wichtigen Unternehmen. Staatliche Interventionen sollen Unternehmen begüns-





tigen, die ausgelagerte Produktion ins Inland zurückholen, einschließlich Abnahmegarantien heimisch produzierter Konsumgüter. Internationale Lieferketten sollen verkürzt werden durch Ansiedlung von Zulieferbetrieben in „Randzonenländern (Rumänien, Bulgarien, aber auch EU-Beitrittskandidaten)“. Agrarpolitisch sollen Maßnahmen ergriffen werden, die eine Eigenversorgung der Länder im DACH-Raum bzw. der EU sicherstellen können.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt einer solchen Ausrichtung werden von den Befragten unterschiedlich bewertet. Während einige davon ausgehen, dass es eine noch schärfere Konkurrenz geben wird, um Fachkräfte an Unternehmen zu binden, gehen andere davon aus, dass es eine hohe Arbeitslosigkeit geben wird, die zu einer Entspannung für Unternehmen am Arbeitsmarkt führt. Berufsausbildungsprogramme sollen attraktiver gestaltet werden und hohe staatliche Förderung soll insbesondere digitalen beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen zugutekommen. Mini- und Midijob-Vergünstigungen sollen ausgebaut werden.

Mit Ausnahme einer erwünschten Wiedererstarkung der Volksparteien ergab die Auswertung

der Autarkie befürwortenden Aussagen kein kohärentes Bild zu zivilgesellschaftlichen Fragen. Eine geringe Anzahl an Befragten äußerte sich positiv zu Rücknahmen von Diversitätsprogrammen, Minderheitenschutz oder wünschte gar eine explizite Förderung der Belange von Menschen deutscher Herkunft.

Es ist mehr als zweifelhaft, dass sich ein solches gesellschaftliches Konstrukt ernsthaft durchsetzen lässt, ohne die Wirtschaft im deutschsprachigen Raum um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Nationale Eigenständigkeit mag als einfache Antwort auf die Komplexitäten internationaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen erhalten. Jedoch findet sie keine zufriedenstellenden Antworten auf den Rohstoffbedarf moderner Produktion (Lithium, seltene Erden..., die in der EU nicht in nennenswerten Mengen vorhanden sind) noch auf den Knowhow-Bedarf, der heute in erster Linie durch Wissensaustausch und globale Kooperation mit Innovationszentren in den USA, China oder Israel gesättigt wird. China verdankt seinen rasanten Aufstieg zu einer globalen Wirtschaftsmacht nicht den Autarkiebestrebungen des „großen Sprungs nach vorn“ unter Mao Zedong, sondern der unter Deng Xiaoping eingeleiteten wirt-

schaftlichen Öffnung und Modernisierung des Landes.

Schauen wir jedoch auf die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft und berücksichtigen, dass über die Hälfte der Befragten in irgendeiner Form dem Narrativ einer „Rückbesinnung“ positive Seiten abgewinnt, müssen wir nüchtern anerkennen, dass dies ein fruchtbarer Boden für autarke gesellschafts- und wirtschaftspolitische Positionen ist. Der Wettstreit dieser beiden Konzepte wird uns noch über ein Jahrzehnt begleiten.



Die Chancenwahrnehmung der Globalisierungsbefürworter

Schauen wir uns den Gegenpol zu Autarkie an. Knapp 40% der Befragten verbanden mit COVID-19 die Hoffnung, dass „Globalisierung einen Schub“ erhält. Sie kritisierten scharf diverse nationale Egoismen und Alleingänge, die von einzelnen europäischen Regierungen, insbesondere auch der deutschen Bundesregierung beschritten wurden. Sie halten jetzt für den richtigen Zeitpunkt, eine verstärkte gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der EU zu formulieren und konsequent Verstöße von Mitgliedsstaaten gegen EU-Beschlüsse zu sanktionieren. Die Idee von Eurobonds sollte umgesetzt werden, wenn auch einige Befragte das eher als ein politisches Signal verstanden, als dass Eurobonds strukturelle Probleme in der Finanzpolitik z.B. Italiens lösen würden.

Europa wird nur dann einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme (ganz vorn: Klimawandel) leisten können, wenn es wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation mit Ländern wie China, Indien, aber auch Russland intensiviert. Einige Befragte forderten eine Rücknahme der Sanktionen gegen Russland. Ideologische Differenzen dürfen kein Hindernis für wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation sein, insbesondere dann nicht, wenn China, aber auch Indien und Russland an vielen Stellen technologisch schon viel weiter sind als Wirtschaft und Wissenschaft im deutschsprachigen Raum. Auch eine Intensivierung wirtschaftlicher Beziehung zu afrikanischen Ländern steht auf der globalen Chancenliste. Die Orientierung auf Länder in der östlichen und südlichen Hemisphäre stellt jedoch keine Abkehr von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA dar.

Die Teilnehmer*innen der Befragung sehen die Zukunft der europäischen Wirtschaft gewährleistet, wenn diese fokussiert an innovations-trächtigen Hochtechnologien arbeitet, die auf die Lösung echter Probleme der Menschheit abzielt. Dabei spielen Technologien zur Erreichung von Klimaneutralität eine zentrale Rolle sowie zeitgemäße adaptive Mobilitätskonzepte und eine

Neuausrichtung des Gesundheitssystems auf die Gesunderhaltung von Menschen statt auf Symptomlinderung bei Krankheiten.

Da die Wirtschaft im DACH-Raum schon den Anschluss an Hochtechnologien wie Künstliche Intelligenz oder Genetik verloren hat und da weitverbreitete Technologieskepsis besonders in der deutschen Bevölkerung ein schlechtes Umfeld für technologische und Geschäftsmodell-Innovation darstellen, erwägen eine Reihe von Unternehmenskern, ihre F&E-Aktivitäten



vermehrt nach China, Israel, USA aber inzwischen auch Russland und Indien auszulagern. Unternehmen im DACH-Raum benötigen dringend risikobereite Vorstände und Geschäftsführer, die sich an langfristigen Zielen orientieren statt an kurzgesteckten Messkriterien wie Shareholder Value. Möglicherweise erfordert dies Änderungen im Gesellschaftsrecht, um den Spielraum für solche Risikobereitschaft herzustellen. Langfristige Ausrichtung der Unternehmen auf den Nutzen, den sie gesellschaftlich leisten können, wird ein wesentliches Merkmal einer neuen Führungskultur in Unternehmen sein. Der Manager als Risikovermeider ist ein Auslaufmodell. Unternehmenslenker, die Mitarbeiter und Aktionäre mit zukunftssträchtigen Visionen begeistern können, werden in Zukunft honoriert.

Entsprechend sehen viele Befragte auch mit einer Portion Skepsis das breit aufgestellte Rettungspaket der deutschen Bundesregierung. Unternehmen, die sich Innovation verweigern, sollen keine staatliche Förderung in der aktuellen Krise erhalten.

Unternehmen sollen in den weiteren Ausbau flexibler Arbeitsmodelle investieren und Führungs- und Organisationstechniken dezentraler Teams stärken. Der durch Unternehmensinsolvenzen bedingte Anstieg von Arbeitslosigkeit solle aufgefangen und begleitet werden durch berufliche Requalifizierungs-Programme von Arbeitnehmer*innen im Bereich digitaler Technologien und Arbeitsweisen. Das erfordert sowohl von Unternehmen und der Arbeitsagentur eine dauerhafte Beschäftigung mit Langfristbedarfen an Qualifikationen von morgen und übermorgen. Staatliche und betriebliche Weiterbildungsprogramme sollen an nachweisbare Leistungsbereitschaft der Empfänger dieser Maßnahmen geknüpft werden.

Viele Befragte drückten in unterschiedlicher Weise Unterstützung für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus. Der Weg zur Einführung eines solchen Grundeinkommens soll durch eine Vielzahl unterschiedlicher Experimente auf kommunaler Ebene vorbereitet werden, um Auswirkungen seiner Einführung quantifizierbar und langfristig planbar zu machen und ungewünschte Effekte (wie



den Wegfall eines Leistungsprinzips) zu vermeiden.

Corona hat deutlich demonstriert, dass das Bildungssystem nicht in der Lage ist, flächendeckend digitale Bildungsangebote bereitzustellen. Schüler*innen benötigen dringend Zugang zu Tablets, Internet und Content. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund und aus ärmeren Bevölkerungsschichten sollten die Technik gestellt bekommen, um eine Zweiklassenbildung zu vermeiden. Lehrer*innen benötigen Qualifizierungen, um digitale Bildung anbieten zu können.

In der Hochschulpolitik werden langjährige Masterstudiengänge als Erfolgsmodell stark bezweifelt. Unternehmen honorieren zwar Wissenschaftlichkeit, aber immer weniger Masterabschlüsse und Dokortitel. Auch Universitäten werden ihre Bildungsangebote anpassen und modularer gestalten müssen, da alle 5-10 Jahre technologische Paradigmenwechsel erwartet werden.

Das Gesundheitssystem bedarf einer grundlegenden konzeptionellen Erneuerung. Im Bereich der Versorgung werden Telemedizinangebote stark ausgebaut. Pflegeberufe werden gesellschaftlich stärker anerkannt und gefördert, Krankenhäuser und Arztpraxen konsequent digitalisiert. Vorbehalte gegen „gläserne Patienten“ müssen abgebaut werden, da datengetriebene Ansätze die Grundlage für eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems auf Gesunderhaltung von Menschen legen.

Befürworter*innen von Globalisierung sehen in der Corona-Situation eine große Chance, Vorbehalte gegen Daten und Wissenschaft in der Gesellschaft und insbesondere in der Politik abzubauen. Die Erwartungshaltungen an Politiker*innen, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen, ist hoch. Einige Befragte drückten aus, dass kein/e Politiker*in ein Amt gewählt werden darf, der/die die Bedeutung von Daten nicht versteht und diese Bedeutung nicht kommunizieren kann.



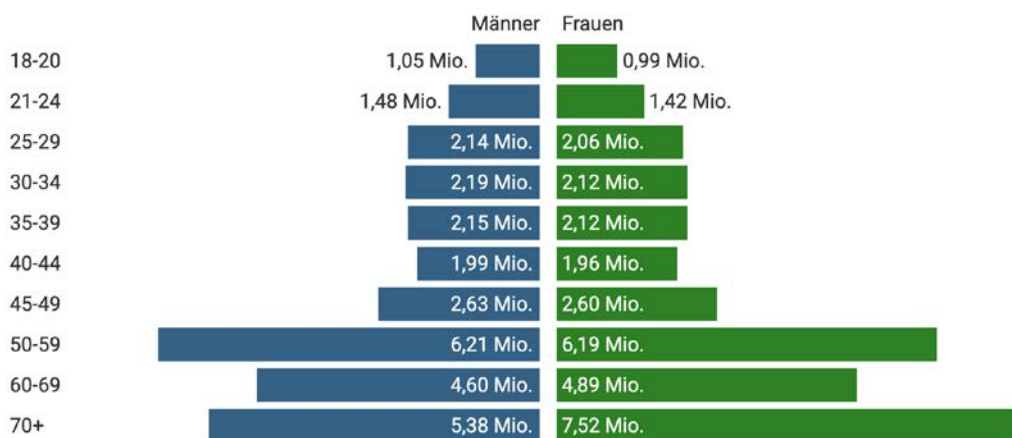
Zivilgesellschaftliche Spannungen: Individualismus vs. Kollektivismus

Die Befragung zeigte auch sehr deutlich zivilgesellschaftliche Spannungen entlang generationengetriebener / demographischer Linien und einer unausgewogenen Balance zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl.

Über die Hälfte der in Deutschland Wahlberechtigten sind älter als 50 Jahre. Dem stehen lediglich 15% in einer Wählergruppe von Menschen unter 30 Jahren gegenüber. Gleichzeitig trifft die Politik Entscheidungen, die Auswirkungen auf Jahrzehnte haben – in der Klimapolitik wie in der jetzigen Coronakrise. Maßnahmen zur Auflösung dieser Generationenungerechtigkeit in politischer Repräsentanz werden gefordert, wenn auch wenige Befragte konkrete Maßnahmen vorschlugen. Diese beschränkten sich auf vage formulierte Expertengremien, die die Politik auf mehr Rücksichtnahme gegenüber jüngeren Generationen drängen sollen, bis hin zu Überlegungen unterschiedlicher generationenspezifischer Gewichtung von Wählerstimmen, um der gefühlten „Entrechtung“ (disenfranchisement) jüngerer Generationen entgegenzuwirken. Die politischen Spannungen zwischen den Generationen drückt sich auch im Verhältnis zu

Fragen von Datenschutz aus. Die politisch dominante Generation der Baby Boomer steht den zahlenmäßig kleinen Generationen X („digital migrants“) und Y („digital natives“) und nachfolgenden gegenüber. Deren Bereitschaft zur Bereitstellung und Zustimmung zur staatlichen Nutzung und Auswertung von Daten ist deutlich höher und weniger bedenkengetrieben als in der Generation der Baby Boomer. Und obwohl sich eine Boomer-Generation von Wirtschaftslenkern und Politiker*innen der Nutzung und Auswertung von Daten zögerlich öffnet, empfinden Menschen, die mit dem Internet aufgewachsen sind, die Bedenken der „Boomer“ als massives Hindernis für gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovation. Die Boomer-Generation wiederum verweilt in Denk- und Verhaltensmustern der 68’er, als würde eine Auswertung großer Datenmengen automatisch den Weg zu einer Diktatur ebnen. Der Philosoph Armin Nassehi beschreibt dies als „Dauerreflexion, Dauermoralisierung und Hinwendung zur popkulturellen Ästhetik“.

Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter in absoluten Zahlen, Bundestagswahl 2017



Quelle: bpb.de | **Der Bundeswahlleiter**

Dieser Konflikt ließe sich durch den Aufbau von Vertrauen zwischen den involvierten Parteien beseitigen. Allerdings trägt die Kommunikation von Politik und Wirtschaft rund um das Tracking von Corona-Daten nicht dazu bei, dieses Vertrauen aufzubauen. Als das RKI Anfang März die Idee der Auswertung von Standortdaten von Mobiltelefonen zur Auswertung von Verbreitungswegen des Virus in Umlauf brachte, bezeichnete die Telekom diese Überlegungen als „Unfug“, nur um eine und zwei Wochen später Datensätze ans RKI zu liefern. Gleichzeitig wurde der deutsche Gesundheitsminister Spahn im Punkt der Auswertung von Standortdaten von der Regierungskoalition ausgebremst. Dieses peinliche Schauspiel innerhalb von vier Wochen führt dazu, dass sich in der Bevölkerung Misstrauen gegenüber politisch Handelnden mit unwissendem Aberglauben vermischt, was mit Daten alles machbar sei, und hervorragende Projektionsflächen für Verschwörungstheoretiker bietet. Hanlons Rasiermesser „Schreibe nicht der Böswilligkeit zu, was durch Dummheit hinreichend erklärbar ist“ trifft es da viel besser.

Wie würde eine soziale Marktwirtschaft im digitalen Zeitalter mit der Frage des Aufbaus von Vertrauen rund um Datenerhebungen umgehen? Die Teilnehmer*innen der Befragung beantworteten das sowohl aus technologischen und legislativen/exekutiven Blickwinkeln. Technologisch wurde der Einsatz von Technologien wie **PEPP-PT** (Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing) befürwortet oder auch Hoffnung in die **Contact Tracing**-Kooperation zwischen Google und Apple gesetzt.

Aus legislativer/exekutiver Sicht können Maßnahmen entwickelt werden, die grundlegend davon ausgehen, dass die Balance zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl immer wieder aufs Neue verhandelt und austariert werden müssen. Wenn Gesetze eingeführt werden, die Einschnitte in individuelle Freiheiten durch massive Auswertung von personenbezogenen Daten vorsehen, könnten diese automatisch mit einem Verfallsdatum versehen werden. Und idealerweise würde gleichzeitig ein Gremium eingesetzt werden mit auf das Gesetz bezogenen exekutiven Vollmachten, das Einhaltung, Verfall oder ggf. Modifizierung dieser Gesetze überwacht. Mitglieder dieses Gremiums könnten durch Online-Wahlen gewählt und abgewählt werden. Solche Gremien sind in den Verfassungen des deutschsprachigen Raums zwar nicht vorgesehen, jedoch könnten sie eine sinnvolle Ergänzung des gegenwärtig schwerfälligen Politikbetriebs sein und zu schnellerer Handlungsfähigkeit bei gleichzeitiger transparenter demokratischer Überwachung führen.



„Kognitive Dissonanz“

Kommen wir noch einmal zurück auf die eingangs erwähnten, scheinbar widersprüchlichen Aussagen zu den Chancen, die die jetzige Coronakrise bietet und langfristigen Maßnahmen, die jetzt eingeleitet werden sollten. Eine deutliche Mehrheit der Befragten sah eine große Chance in Rückbesinnung auf vergangene Werte, Moralvorstellungen und Handlungsmuster, als hielten sie es mit Hebbels „Wir leben, um uns zu lieben, und sinken zurück in die Nacht.“ Eine ebenso deutliche Mehrheit konzentrierte sich in ihren Antworten zu Maßnahmen zur Verfestigung positiver Aspekte auf globale Zusammenarbeit und moderne Technologien. Hier traten der Wunsch nach Veränderung und die Bereitschaft zum Risiko und der Überwindung herkömmlicher Sicherheiten nach vorn, als hielten sie es mit Goethes:

„Eröffn‘ ich Räume viele Millionen, nicht sicher zwar, doch tätig-frei zu wohnen.“

Wir haben uns gefragt, ob und wie das zusammenpasst. Eine Antwort auf diese Frage könnte der israelische Historiker Noah Yuval Harari in seinem Buch „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ gegeben haben:

„Wenn Spannungen, Konflikte und unlösbare Dilemmata die Würze jeder Kultur sind, muss ein Mensch, der einer bestimmten Kultur angehört, widersprüchliche Überzeugungen haben und von unvereinbaren Werten zerrissen sein. Das ist ein so wesentliches Merkmal jeder Kultur, dass sie sogar einen Namen hat: kognitive Dissonanz. Kognitive Dissonanz wird oft als ein Versagen der menschlichen Psyche angesehen. Tatsächlich ist sie ein lebenswichtiges Gut. Wären die Menschen nicht in der Lage gewesen, widersprüchliche Überzeugungen und Werte zu vertreten, wäre es wahrscheinlich unmöglich gewesen, eine menschliche Kultur zu etablieren und aufrechtzuerhalten.“
(unsere Übersetzung aus dem Englischen)

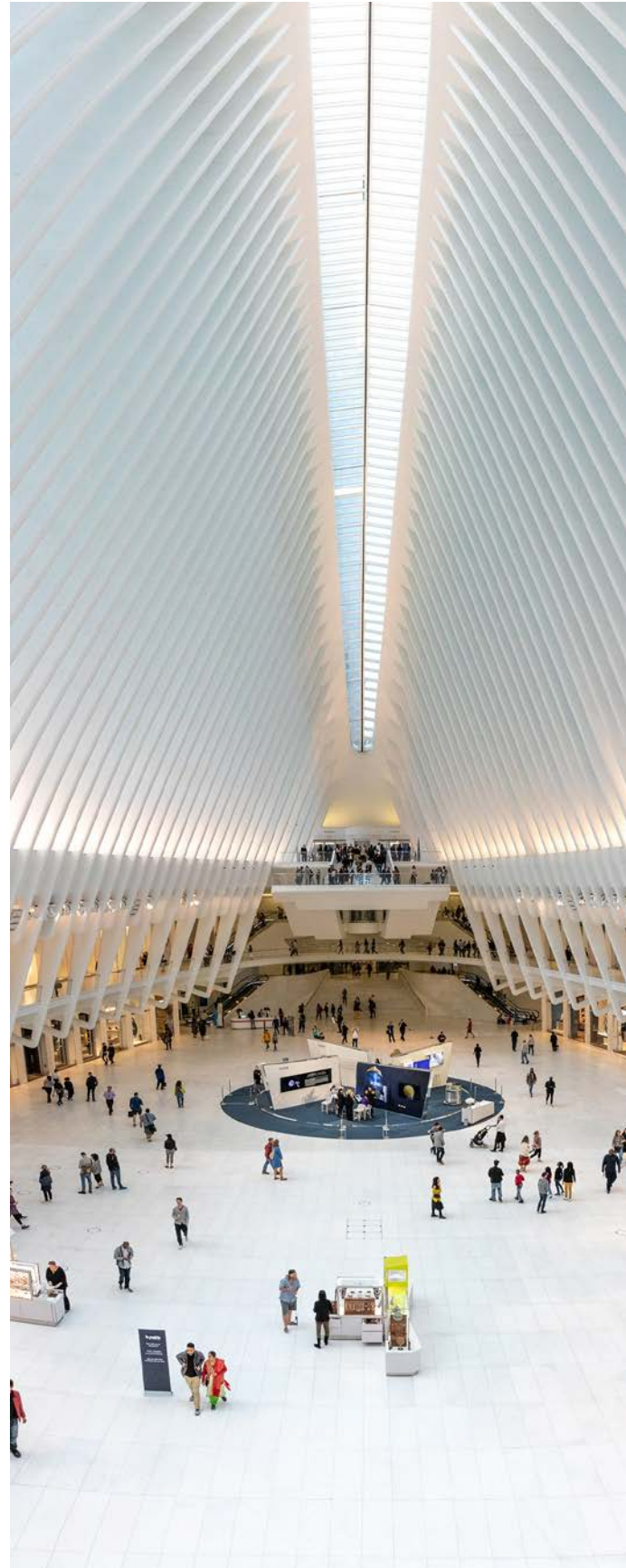
Psychologen weisen darauf hin, dass Menschen, die sich ihrer kognitiven Dissonanzen bewusst

sind, damit beginnen, ihre Handlungsmuster zu verändern und einem neu definierten Wunschzustand zuzuführen. Vielleicht gelingt uns das auch gesellschaftlich und wir überführen das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das jahrzehntelang das Leitmotiv der Bundesrepublik war, in einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens.



Der Geschäftsführer von Hochland Deutschland, Josef Stitzl, gab uns für den weiteren Verlauf unseres Projekts folgende Worte mit auf den Weg:

„Wir sollten das Nachdenken über die Zukunft oder besser über mögliche Zukünfte weder den Utopisten, noch den Untergangspropheten und Fortschrittsskeptikern überlassen. Es liegt an klar denkenden und antizipierenden Menschen mit Gestaltungsmöglichkeiten, in den Unternehmen und in der Gesellschaft ein motivierendes Bild einer menschlichen, und erstrebenswerten Zukunft zu zeichnen, das viele anzieht, zum Handeln anregt und nicht abstößt.“



2B AHEAD THINKTANK

Das 2b AHEAD ThinkTank-Universum ist derzeit ein Zusammenschluss von über 20 Partnerunternehmen, die an der Zukunftsforschung von 2b AHEAD teilhaben. In vier dezidierten ThinkTanks (Retail, Financial Services, IT und HR) entstehen hier jährlich je zwei Zukunftsstudien, deren Forschungsaufträge von unseren Partnerunternehmen formuliert werden. Acht Mal im Jahr kommen diese Unternehmen zu Strategy Sessions zusammen, um sich mit den Experten, die wir für unsere Studien interviewen auszutauschen, und Strategien für Ihre Unternehmen zu entwickeln. Darüber hinaus enthält das Leistungsspektrum dieser Partnerschaft Angebote wie Wissenstransfer-Workshops (auch online) für Ihre Unternehmensbereiche, Strategie-Sparrings mit unserem CEO, Jan Berger, kleinere Forschungsprojekte zu Spezialthemen oder die Erarbeitung von Analysen. All diese Leistungen sind über ein Punktesystem abrufbar.

Neben der Studie zur „Zukunft der sozialen Marktwirtschaft“ arbeiten unsere Researcher derzeit an den folgenden Themen, zu denen wir noch in diesem Jahr Studien veröffentlichen werden:

- Finanzdienstleistungen 2030
- Die Zukunft des Quantencomputing
- Die Zukunft von Software-Entwicklung
- Die Zukunft von Marke
- Die Zukunft von Cybersecurity

Wenn Sie Interesse an einer Partnerschaft in unserem ThinkTank-Universum haben, können Sie sich hier das Konzept herunterladen.

KONZEPT



HUMAN-DIGITALE TEAMS

Die neue 2b AHEAD Studie über die Zukunft der Zusammenarbeit von Mensch und künstlicher Intelligenz.

Jetzt verfügbar!



Jan Berger ist seit 2014 CEO des 2b AHEAD ThinkTanks. Er ist maßgeblich verantwortlich für die strategische Ausrichtung des Unternehmens – insbesondere den Ausbau der Foresight- und Consulting- Aktivitäten des Instituts und die Entwicklung des Leistungsspektrums. Der Historiker arbeitete viele Jahre im Verlagswesen und verantwortete fünf Jahre lang das Russlandgeschäft eines Immobilienkonzerns, bevor er sich 2012 wieder „in Ausbildung“ begab und sich die Grundlagen des Digital- und Plattformgeschäfts in einem preisgekrönten Fintech-Startup erwarb. „Nie zufrieden, aber niemals bitter.“ ist ein Motto, mit dem er sich ständig auf die Suche nach Veränderung gibt.

FRAGEN ODER ANREGUNGEN?

Wenn Sie Fragen oder Anregungen zu dieser Trendanalyse haben, dann erreichen Sie uns unter
E-Mail: jan.berger@2bahead.com
www.thinktank-universe.com

Wenn Sie diesen Text in Ihrem Medium publizieren wollen, dann kontaktieren Sie bitte carina.stoettner@2bahead.com



Sophia Blochowitz studierte Kulturwissenschaften und ist seit Februar 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin im 2b AHEAD Foresight Team. Sie blickt nicht nur aus einer geisteswissenschaftlichen Perspektive auf die Zukunft, sondern profitiert auch von ihren interkulturellen Kompetenzen, die sie durch lange Auslandsaufenthalte in Hong Kong und Washington, DC erlangt hat.



Carina Stöttner ist als Kuratorin für die ThinkTanks bei 2b AHEAD verantwortlich. Sie hat bisher in sieben verschiedenen Städten Europas gelebt und gearbeitet und konnte damit vor allem ein tiefes Verständnis interkultureller Interaktion und der Entwicklung Europas in der Digitalisierung bekommen. Nach einem Abstecher in die Luftfahrt-Branche im Bereich Digital Innovations war sie in der Kommunikationsbranche und in der Akademie tätig. Als Soziologin mit Fokus auf Digitalisierung liebt sie die vielen Möglichkeiten, die die digitale Welt für unser aller Zukunft bereit hält. Im Rahmen dessen beschäftigt sie sich vor allem mit Kultur und künstlicher Intelligenz.